

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere



Sessionsvorschau

Herbstsession Ständerat

Publikationsdatum: 01.09.2022





Inhaltsverzeichnis

Editorial		3
Ratsgeschäfte		4
22.403 — Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2024	Annahme	4
22.020 — Finanzhaushaltgesetz (Abbau der coronabedingten Verschuldung). Änderung	Anpassung	4
21.501 — Indirekter Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative. Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050	Anpassung	4
09.528 — Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus	Annahme	5
22.3023 — Plattform für Provenienzforschung bei Kulturgütern in der Schweiz	Annahme	5
21.4403 — Unabhängige Kommission für NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter	Annahme	6
21.047 — Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Bundesgesetz		6
22.036 — Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft)	Anpassung	6
Impressum		8



Editorial

Die Einführung einer Mindeststeuer für grosse Unternehmen – das ist eines der Themen in der kommenden Herbstsession, welches für die urbane Schweiz von grosser Bedeutung ist. Gerne präsentieren wir Ihnen im Rahmen dieser Sessionsvorschau die Haltung des Schweizerischen Städteverbands zu ausgewählten Geschäften.

Der Städteverband begrüsst die Umsetzung der OECD-Steuerreform in der Schweiz, wobei zentral ist, dass die Beteiligung der Städte und Gemeinden an den Mehreinnahmen in der Bundesverfassung verankert wird. Bei den geplanten Standortmassnahmen soll das grundlegende Ziel die Stärkung des gesamten Lebens- und Wirtschaftsstandortes mit Massnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs sein. Des Weiteren unterstützt der Städteverband die beiden Motionen zur Erstellung einer Datenbank für Provenienzforschung von Kulturgütern und zur Einführung einer unabhängigen Raub- und Fluchtkunstkommission.

Wir wünschen Ihnen eine gute Session und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse und eine gute Lektüre

Martin Flügel
Direktor



Der Städteverband – die Stimme der urbanen Schweiz

Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben in Städten und städtischen Gemeinden. Der **Schweizerische Städteverband** setzt sich für die Anliegen dieser urbanen Schweiz ein – um unser Land insgesamt voranzubringen.



Ratsgeschäfte

22.403 Parlamentarische Initiative WBK-NR

Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2024

Dienstag, 13. September 2022

Ständerat

Position: Dieses Geschäft ist eng verknüpft mit der Parlamentarischen Initiative 21.403 «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung». Diese fordert, dass die bis 2023 befristeten Bundesfinanzhilfen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung in eine stetige Kostenbeteiligung des Bundes umgewandelt werden. An einer Vorlage wird momentan gearbeitet, eine Umsetzung wird aber kaum vor 2025 möglich sein. Deshalb verlangt die vorliegende parlamentarische Initiative, dass die bestehenden Finanzhilfen nicht nur bis 2023, sondern bis Ende 2024 weitergeführt werden. Der Städteverband unterstützt den Vorstoss entschieden: Er engagiert sich stark für eine stetige Bundesfinanzierung in der familienergänzenden Kinderbetreuung, weil eine Senkung der Elternbeiträge dringend nötig ist, von den Städten und Kantonen aber nicht alleine gestemmt werden kann. Entsprechend ist es auch im Interesse der Städte, dass die bisherigen Finanzhilfen weitergeführt werden, bis eine Anschlusslösung vorliegt.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

22.020 Geschäft des Bundesrates

Finanzhaushaltgesetz (Abbau der coronabedingten Verschuldung). Änderung

Mittwoch, 14. September 2022

Ständerat

evtl. Montag, 19. September 2022

Nationalrat

evtl. Mittwoch, 21. September 2022

Ständerat

Position: Die Mitglieder des Städteverbands haben sich in der Vernehmlassung für einen Schuldenabbau durch vergangene und zukünftige Finanzierungsüberschüsse ausgesprochen. Eine Anrechnung eines Teils des Schuldenabbaus vergangener Jahre trägt zu einem schnelleren Ausgleich des Amortisationskontos bei. Das dadurch in Kauf genommene höhere Schuldenniveau wird von unseren Mitgliedern als vertretbar erachtet, da die Verschuldung der Schweiz sich im internationalen Vergleich auf sehr tiefem Niveau befindet. Es ermöglicht zudem einen rascheren finanziellen Handlungsspielraum für anstehende zukünftige Herausforderungen und verhindert tendenziell Sparprogramme des Bundes. Der Städteverband unterstützt deshalb den Minderheitsantrag der FK-S, welcher den Fehlbetrag des Amortisationskontos zulasten des Ausgleichskontos um die Hälfte reduzieren möchte.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage mit den aufgeführten Änderungen anzunehmen.



21.501 Parlamentarische Initiative

Indirekter Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative. Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050

Donnerstag, 15. September 2022	Ständerat
evtl. Dienstag, 20. September 2022	Nationalrat
evtl. Donnerstag, 22. September 2022	Ständerat
evtl. Montag, 26. September 2022	Nationalrat
evtl. Dienstag, 27. September 2022	Ständerat

Position: Die Städte sind von den Konsequenzen des Klimawandels direkt betroffen. In den Städten sind die Folgen der zunehmenden Hitzewellen besonders ausgeprägt, dort ist auch die Empfindlichkeit gegenüber Extremereignissen wie Starkregen oder Hochwasser besonders gross. Aus diesem Grund nehmen die Städte eine tragende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel ein und setzen zahlreiche Projekte zur Reduktion der CO₂-Emissionen um. Eine Verankerung des Netto-Null-Ziels samt verbindlichen Zwischenzielen und sektorellen Richtwerten auf Gesetzesebene unterstützt die Städte in diesem Bestreben. Die vorgesehenen Förderinstrumente in den Wirtschafts- und Gebäudebereichen sowie die vorgeschlagene Absicherung von Risiken bei Investitionen in öffentliche Infrastrukturen (zum Beispiel in thermische Netze) tragen auch zur Beschleunigung der Reduktion des CO₂-Ausstosses bei. Der Städteverband unterstützt deshalb grundsätzlich den indirekten Gegenvorschlag, wie er vom Nationalrat beschlossen wurde. Im Gebäudesektor soll aber nicht nur der Ersatz von fossilen Heizungen, sondern auch die Verbesserung der Energieeffizienz gefördert werden. Aufgrund der hohen Nachfrage sollen, wie vom Nationalrat beschlossen, für diese Massnahmen jährlich 200 Mio. Franken zur Verfügung gestellt werden.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, den indirekten Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative mit den vorgeschlagenen Verbesserungen im Gebäudesektor anzunehmen.

09.528 Parlamentarische Initiative Humbel (M-E/AG)

Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus

Dienstag, 20. September 2022	Ständerat
------------------------------	-----------

Position: Der Städteverband setzt sich für eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) ein. Dies aber nur, wenn die Pflegeleistungen ebenfalls miteinbezogen werden (EFAS plus). Um die Umsetzung der einheitlichen Finanzierung nicht zu bremsen, kann die Integration der Pflegeleistungen in EFAS zeitlich gestaffelt bis spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten der übrigen Vorlage erfolgen. Dies ist in den Übergangsbestimmungen des KVG entsprechend festzuhalten. Die Kantone, Städte und Gemeinden hatten in den letzten Jahren eine deutliche Zunahme ihrer Pflegekosten (Restfinanzierung in der Neuen Pflegefinanzierung) zu bewältigen. Dies muss bei Reformen im Bereich der Gesundheitsfinanzierung mitberücksichtigt werden. EFAS plus kann Fehlanreize im System beheben und eine faire Verteilung der Kosten herbeiführen. Zudem ebnet EFAS plus den Weg für sinnvolle Modelle der integrierten Versorgung im Gesundheitswesen.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, den Vorstoss anzunehmen, falls die Pflegeleistungen enthalten sind.



22.3023 Motion WBK-NR

Plattform für Provenienzforschung bei Kulturgütern in der Schweiz

Donnerstag, 22. September 2022

Ständerat

Position: Eine nationale Plattform in Form einer webbasierten Datenbank für Provenienzforschung von Kulturgütern ist im Sinne einer koordinierten Bündelung von Wissen und systematisch aufbereiteten wissenschaftsbasierten Erkenntnissen wichtig. Derzeit werden regional bereits verschiedene Aktivitäten angestossen. Für die verschiedenen Anspruchsgruppen, unter anderen auch städtische Museen, besteht ein grosses Interesse, dass das generierte Wissen in der Form einer zentralen Datenbank zur Verfügung gestellt werden kann. Die Städte begrüssen deshalb eine Lösung auf Bundesebene, die die Aktivitäten landesweit koordiniert.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, den Vorstoss anzunehmen.

21.4403 Motion Pult (SP/GR)

Unabhängige Kommission für NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter

Donnerstag, 22. September 2022

Ständerat

Position: Das Einsetzen einer unabhängigen Raub- und Fluchtkunst-Kommission ist mit Blick auf die Umsetzung der Washingtoner Grundsätze und der Erklärung von Terezin, zu denen sich die Schweiz bekennt, zwingend. Die Kommission sollte sich nicht ausschliesslich Fragen von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern annehmen, wie dies der Titel der Motion suggerieren könnte, sondern muss sich wie einleitend präzisiert explizit auch mit Problemlagen im Zusammenhang mit kolonialen Kontexten und mit Fluchtkunst befassen. Dies wäre eine wichtige Anlaufstelle für strittige Provenienz-Fragen, besonders auch für städtische Museen. Die Städte und Gemeinden unterstützen deshalb den in dieser Vorlage enthaltenen Grundauftrag (erster Absatz), wobei die Rahmenbedingungen für die Kommission (Punkte 1–6) erst nach deren Konstituierung festgelegt werden sollten.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, den Grundauftrag des Vorstosses anzunehmen.

21.047 Geschäft des Bundesrates

Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Bundesgesetz

Donnerstag, 22. September 2022

Ständerat

Position:

Der Städteverband wird sich mit seiner Empfehlung an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier wenden, sobald die definitive Vorlage und die darüberhinausgehenden Vorschläge der UREK vorliegen.



22.036 Geschäft des Bundesrates

Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft)

Mittwoch, 28. September 2022

Ständerat

Position: Der Städteverband begrüsst grundsätzlich die Umsetzung der OECD-Steuerreform in der Schweiz. Sie garantiert auch in Zukunft eine Rechts- und Planungssicherheit für die in der Schweiz ansässigen multinationalen Unternehmen und verhindert dadurch eine Schwächung des Wirtschaftsstandortes. Aus Sicht des Städteverbands ist es zentral, dass die Beteiligung der Städte und Gemeinden an den Mehreinnahmen in der Bundesverfassung verankert wird. Da es sich bei der Ergänzungssteuer grundsätzlich um eine Gewinnsteuer handelt, wäre eine Verteilung wie bei der Gewinnsteuer am naheliegendsten. Bei den geplanten Standortmassnahmen soll das grundlegende Ziel die Stärkung des gesamten Lebens- und Wirtschaftsstandortes sein. Primär sollen Massnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs, z.B. durch Investitionen in der familienergänzenden Kinderbetreuung und im Bildungsbereich, sowie zur Bewältigung der Klimakrise im Fokus stehen.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage mit den aufgeführten Änderungen anzunehmen.



Impressum

Schweizerischer Städteverband SSV
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 356 32 32
info@staedteverband.ch
www.staedteverband.ch
twitter: [@staedteverband](https://twitter.com/staedteverband)
[LinkedIn](#)